Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 2

Artikel: Die Sozialdemokraten in den Gemeindebehörden des Kantons Zürich
Autor: Walter, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329943

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

stätigen. Ich kann hier über diesen wichtigen Gegenstand selbstredend nur Andeutungen machen.

So kommen wir zum Schluß: *Der Ursprung der Moral ist tierisch, ihr Wesen ist sozial bedingt und proportionell dem Klasseninteresse, durch die sozialistische Wirtschaftsordnung zur Menschheitsmoral tendierend, zum Ideal: das größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl.* Dann entsteht «der harmonische Gesamtmensch, der vereint ist und versöhnt mit der Natur und mit sich selber» (Engels). Für uns ist der «Uebermensch» der sozialistische Mensch, der harmonische Vollmensch. Bourgeois und Proletarier sind Menschen, die überwunden werden müssen. Der Sozialismus wird immer klarer der Wegweiser zur Höherzüchtung des Menschen und der Menschheit. Nur in seinem Zeichen wird die Menschheit steigen, und er wird alle Werte bestimmen. Der Sozialist ist unsere nächste Stufe. Deshalb ist uns der Sozialismus nicht nur die Wahrscheinlichkeit und Sicherheit einer Entwicklung oder ein Postulat in Permanenz, sondern *das ethische Ideal.* In der Verwirklichung des Sozialismus liegt für uns der *Sinn des Lebens*, die *wahre Ethik.*

Die Sozialdemokraten in den Gemeindebehörden des Kantons Zürich.

Von *Ernst Walter.*

Die Verfassung des Standes Zürich schreibt vor, daß die Behörden der politischen Gemeinden alle drei Jahre durch die Urne neu zu wählen sind. Dementsprechend haben auch dieses Jahr Wahlen stattgefunden. Diesen Wahlen hat die Sozialdemokratische Partei große Aufmerksamkeit geschenkt. Aus naheliegenden Gründen können sich ihre Ortssektionen auf Gemeindeboden am tatkräftigsten und augenfälligsten praktisch betätigen. Was sich auf Gemeindegebiet ereignet, interessiert die Aktivbürger in der Regel viel mehr als die kantonale oder die eidgenössische Politik. Den sozialdemokratischen Ortssektionen ist in ihrer Gemeindepolitik und in ihrer Wahltaktik weitgehende Selbständigkeit eingeräumt. Dennoch zeigt es sich immer mehr, daß allgemeine Richtlinien Gültigkeit haben müssen für alle Sektionen. Daraus erklären sich gewisse Bestimmungen der kantonalen Statuten für die Aufstellung der Kandidaten und Beschlüsse kantonaler Parteitage betreffend Wahlabkommen mit andern Parteien. Dem verdankt auch das kürzlich aufgestellte Kommunalprogramm seine Entstehung. Da und dort muß die kantonale Partei auch organisatorisch, propagandistisch und finanziell helfend beispringen.

Bevor wir auf Grund der Zahlen den Ausgang der diesjährigen Gemeindewahlen besprechen wollen, seien noch einige Worte über die Wahlen selbst gesagt. Je nach Ort und je nach den Umständen sind sie still, flau, temperiert oder hitzig verlaufen. An Bedeutung und Intensität haben die Wahlen in der *Stadt Zürich* alle andern weit überschattet. In Landgemeinden, wie *Horgen*, *Uster* und *Oerlikon*, die kraft der außerordentlichen Gemeindeorganisation einen Großen Gemeinderat (Gemeindeparlament) kennen, ebenso wie die Stadtgemeinden Zürich und Winterthur, waren die Wahlkämpfe, nach Proporz geführt, gleichfalls sehr scharf. In einigen Gemeinden wieder gingen die Wahlen «vereinbarungsgemäß» vor sich, und zwar so, daß sich alle Parteien auf eine gemeinsame Wahlliste einigten und so alle ihre Kandidaten durchbrachten. Da und dort gelingt es aber dann den «Wilden», als Outsider das Bündnis zu sprengen, gewöhnlich auf Kosten der Sozialdemokraten. Wieder in andern Gemeinden wurde der Kuchen unter die Parteien verteilt nach Maßgabe des «freiwilligen Proporzes» und gemäß den Parteizahlen der letzten Kantonsratswahlen.

Wo unsere Partei bereits die politische Mehrheit in der Gemeinde hat (Albisrieden und Seebach), haben sich die Bürgerlichen zwar nicht getraut, ihre verlorengegangene Position in einem offenen Kampfe zurückzuerobern, vielmehr setzten sie ihre Hoffnungen auf die Wahlgleichgültigkeit der Arbeiterschaft, um ihre frühere Mehrheit wieder erschleichen zu können. Das ist ihnen aber dann übel bekommen; die sozialdemokratischen Arbeiter waren auf dem Damm und haben die Schleicher tapfer abgewehrt. Wo die Arbeiterschaft den Wahlkampf mutig und entschieden aufgenommen hat, ist ihr vom Bürgertum auch erbitterter Widerstand entgegengesetzt worden, beispielsweise in *Bauma*, *Birmensdorf*, *Dietikon*, *Höngg*, *Schwamendingen* und *Wädenswil*.

Anderseits ist nicht zu bestreiten, daß die Bürgerlichen in andern Gemeinden zu Konzessionen bereit waren. Nur diesem Entgegenkommen ist es zuzuschreiben, daß da und dort die Arbeiterschaft überhaupt eine Vertretung oder eine größere Vertretung erhalten hat. Langsam bricht sich auch beim bürgerlichen Gegner die Einsicht Bahn, daß es auf die Dauer nicht angeht, die sozialdemokratische Arbeiterschaft von den Gemeindebehörden vollständig auszuschließen. Der Majorz hat faktisch ausgespielt, aber der gesetzliche Proporz — und nur er allein kann die sozialdemokratische Partei befriedigen — muß für die Bestellung der Gemeindebehörden noch erkämpft werden. Nichts hat dem gesetzlichen Proporz so sehr Pionierdienste geleistet wie die diesjährigen Stadtratswahlen in Zürich.

Der Sozialdemokratischen Partei, die sich in ihren eigenen Farben auf dem Schlachtfelde zeigt, nach Programm und klaren Grundsätzen Politik treibt, auch dann, wenn damit keine Aemter

und Sessel zu erobern sind, können die Bürgerlichen auf die Dauer keinen Kuddelmuddel aller möglichen Interessen, Eitelkeiten und Rückständigkeiten entgegenstellen. Die Sozialdemokraten zwingen die Bürgerlichen zur Parteibildung und dazu, die Gemeindeangelegenheiten nach politischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Die Bürgerlichen können es sich nicht mehr leisten, daß der Turnverein, der Quartierverein oder der Feuerwehrverein, oder gar alle zusammen, die Gemeindepolitik und damit zugleich den Mischmasch der bürgerlichen Kandidatenliste bestimmen.

Welchen Ausgang haben die diesjährigen *Erneuerungswahlen der Gemeindebehörden* genommen? Um das zu erforschen, hat das Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich eine Umfrage bei den Lokalsektionen vorgenommen. Die Enquete bezog sich auf:

1. Die Mitgliederzahl des Gemeinderates, des Großen Gemeinderates, der Rechnungsprüfungskommission, der Schulpflege (Primar- und Sekundarschule), der Gesundheitspflege, der Armenpflege und der Steuerkommission vor und nach den Wahlen des Frühjahres 1928 und soweit sie vom Volke direkt gewählt worden sind. Es scheiden also aus für *Zürich:* die Rechnungsprüfungskommission, die Armenpflege und die Steuerkommission; für *Winterthur:* die Rechnungsprüfungskommission und die Steuerkommission; für *Horgen, Oerlikon* und *Uster:* die Rechnungsprüfungskommission und die Gesundheitskommission; für *Richterswil* und *Neftenbach:* die Gesundheitskommission.
2. Die Zahl der bürgerlichen und kommunistischen Mitglieder in jeder dieser Behörden vor und nach der Wahl.
3. Die Zahl der sozialdemokratischen Behördemitglieder vor und nach der Wahl.

Es haben 65 Landsektionen den Fragebogen beantwortet; nur von der Sektion Uetikon war er nicht erhältlich. Ebenso haben geantwortet die Sozialdemokratischen Parteien der Städte Zürich und Winterthur. *Der Kanton Zürich zählt jetzt 180 politische Gemeinden; 73 davon stehen im Tätigkeitsgebiet von 67 Ortssektionen der Sozialdemokratischen Partei, die Mitgliedschaften der Städte Zürich und Winterthur in diesem Zusammenhang je als eine Sektion gezählt.* Ueber mehr als eine politische Gemeinde reicht das Tätigkeitsgebiet der Sektionen *Andelfingen* (2), *Embrach* (2), *Rorbas* (2), *Urdorf* (2) und *Engstringen* (3). Für die im Tätigkeitsfeld sozialdemokratischer Lokalsektionen liegenden 73 politischen Gemeinden ergibt sich auf Grund der eingesandten Fragebogen folgendes Bild:

	Bürgerliche		Kommunisten		Sozialdemokr.		Total	
	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925
Gemeinderat (Stadtrat) . . .	410	419	1	—	87	67	498	486
Großer Gemeinderat (Großer Stadtrat)	145	146	7	13	119	112	271	271
*Rechnungsprüfungskommission	315	322	—	—	70	52	385	374
**Gesundheitskommission . .	286	301	1	—	61	45	348	346
Armenpflege	342	391	—	1	81	41	423	433
Schulpflege (Primar und Sekundar)	854	896	6	9	255	233	1115	1138
***Steuerkommission . . .	400	473	1	—	121	128	522	601
	2752	2948	16	23	794	678	3562	3649

* In den Gemeinden *Zürich*, *Winterthur*, *Uster*, *Horgen* und *Oerlikon* wird die Rechnungsprüfungskommission vom Großen Gemeinderat gewählt und ist daher in diesen Zahlen nicht inbegriffen.

** In *Horgen*, *Oerlikon* und *Uster* werden die Gesundheitskommissionen vom Großen Gemeinderat gewählt, sind also in den obigen Zahlen nicht inbegriffen. Ebenso sind die Gesundheitskommissionen der Gemeinden *Neftenbach* und *Richterswil* nicht berücksichtigt, da sie in diesen zwei Gemeinden vom Gemeinderat gewählt werden.

*** Für *Zürich* und *Winterthur* sind die Steuerkommissionen weggelassen worden.

Von den total 3562 Behördemitgliedern, die dieses Frühjahr durch Volkswahl gewählt wurden, sind *794 Sozialdemokraten, oder 22 Prozent*, gegen 19 Prozent in der vorausgegangenen Amtsperiode. Hervorzuheben ist, daß sich der wachsende Einfluß der Sozialdemokraten in allen hier angeführten Gemeindebehörden bemerkbar macht, besonders in den Armen- und Schulpflegen. Dennoch nehmen die Bürgerlichen, im Gesamtbild betrachtet, überall eine dominierende Stellung ein. Es ist das noch ganz auffallend so bei den *Gemeinderäten*. Anders steht es beim *Großen Gemeinderat*, der nach Proporz gewählt wird, wobei die Sozialdemokratische Partei die ihr gebührende Vertretung auch tatsächlich erhält. Die *Kommunisten* verlieren auch da ständig an Boden, wo sie sich über Vergewaltigung nicht beklagen können, nämlich in den Großen Gemeinderäten und in den Schulpflegen, wo ihnen der freiwillige Proporz, gestützt auf die Wahlen in den Großen Stadtrat, ihre Vertretung sichert.

Ein viel übersichtlicheres und für die Beurteilung richtigeres Bild ergibt sich, wenn man nach der Stärke der Parteien in verschiedenen Gemeindegruppen forscht:

1. Reine oder überwiegend bäuerliche Gemeinden.
2. Beruflich gemischte Gemeinden: überwiegend Landwirtschaft.
3. Beruflich gemischte Gemeinden: überwiegend Industrie.
4. Stark überwiegend industrielle Gemeinden.
5. Reine Industriegemeinden.
6. Städte.

Die erste Kategorie ist rasch abgetan, denn in den rein bäuerlichen oder stark überwiegend bäuerlichen Gemeinden gibt es noch keine sozialdemokratischen Mitgliedschaften.

Beruflich gemischte Gemeinden: überwiegend Landwirtschaft. (50 bis 70 von 100 Erwerbenden sind tätig in der Landwirtschaft.) Seuzach, Regensdorf, Groß- und Klein-Andelfingen, Kloten, Neftenbach, Uhwiesen, Rümlang.

	Gemeinderat		Rechnungsprüfungskomm.		Schulpflege		Armenpflege		Gesundheitskommission		Steuerkommission		Total	
	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925
Bürgerliche . . .	41	43	31	29	79	79	34	37	36	36	39	40	260	264
Sozialdemokraten .	3	1	7	5	7	7	5	2	5	1	5	4	32	20
Total Mitglieder .	44	44	38	34	86	86	39	39	41	37	44	44	292	284

Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Position gegen das Jahr 1925 um 12 Behördemitglieder verstärkt, besitzt aber nur etwa 10 Prozent aller Mandate gegen 7 Prozent vor drei Jahren. Von den 44 Gemeinderäten — der wichtigsten politischen Gemeindebehörde — sind erst drei Sozialdemokraten. Keine Sozialdemokraten in den Gemeinderat! ist noch sehr oft das Feldgeschrei der Milchmannen. Absolut und prozentual ist die Vertretung der Sozialdemokraten besser in allen übrigen Gemeindebehörden. In gar keiner Gemeindebehörde sind die Sozialdemokraten vertreten in *Rümlang.* Diese Sektion wurde auch erst dieses Frühjahr gegründet. Nicht im *Gemeinderat* vertreten sind unsere Parteifreunde in den Gemeinden *Groß-Andelfingen, Klein-Andelfingen, Uhwiesen* und *Regensdorf.* Ohne gesetzlichen Proporz wird die Arbeiterschaft in den reinen und vorwiegend Bauerngemeinden nie eine ihrer zahlenmäßigen Bedeutung zukommende Vertretung in den Gemeindebehörden erhalten. Gewöhnlich steht hier noch der Majorz in vollster Blüte. Wäre der gesetzliche Proporz schon eingeführt, so würde es der Arbeiterschaft oft Schwierigkeiten machen, Vertrauensleute in die Gemeindebehörden zu wählen, die die Arbeiterschaft nicht nur dekorativ vertreten, sondern für sie auch zielbewußt und tatkräftig einstehen würden oder könnten. Einerseits fehlt es vielfach an geschulten und tüchtigen Kräften, anderseits ist der Gesinnungsterror oft so groß, daß gerade die fähigsten und entschlossensten Vertrauensleute ihr Amt nicht auszuüben vermöchten.

Beruflich gemischte Gemeinden: überwiegend Industrie. (50 bis 70 von 100 Erwerbenden sind tätig in Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr.)

Bassersdorf, Elsau, Engstringen-Weiningen, Birmensdorf, Rheinau, Hombrechtikon, Illnau, Hedingen, Wila, Bubikon,

Zollikon, Meilen, Ober- und Nieder-Urdorf, Ober- und Unter-Embrach, Hinwil, Dübendorf, Elgg, Küsnacht, Bäretswil, Lindau, Rorbas-Freienstein, Bülach, Glattfelden, Kilchberg, Opfikon, Bauma, Pfäffikon, Männedorf.

	Gemeinderat		Rechnungs-prüfungskomm.		Schulpflege		Armenpflege		Gesundheits-kommission		Steuer-kommission		Total	
	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925
Bürgerliche	195	201	169	176	342	351	158	182	138	146	187	213	1189	1269
Sozialdemokr.	22	16	26	16	39	33	25	12	20	11	44	41	176	129
Total Mitgl.	217	217	195	192	381	384	183	194	158	157	231	254	1365	1398

Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Stellung gegen 1925 absolut und prozentual wesentlich verbessert. Sie hat um 47 Mandate zugenommen und besitzt jetzt 13 Prozent aller Sitze gegen 9 Prozent vor drei Jahren. In den Gemeindearmenpflegen hat die Partei die Zahl ihrer Vertreter verdoppelt und in den Rechnungsprüfungskommissionen und den Gesundheitskommissionen ihre Position ebenfalls erfreulich verstärkt. Schwerer fällt es der Arbeiterschaft auch dieser Kategorie von Gemeinden, ihrer Stimme stärkeres Gehör in den Gemeinderäten zu verschaffen. Von den in Frage kommenden Gemeinden haben *Weiningen*, *Rheinau*, *Ober-Embrach*, *Unter-Embrach* überhaupt keine Arbeitervertreter in den genannten Gemeindebehörden. In *Ober- und Unter-Embrach* herrscht der ausschließlichste Majorz, Couleur Fritzli Bopp, obwohl in *Unter-Embrach* ein besonders geeigneter Genosse die Qualität des dortigen Gemeinderates wesentlich verbessern würde. In *Rheinau* fehlt es an Holz und an Stoßkraft. Die Gemeinde Rheinau könnte vielleicht eine rote Mehrheit haben, denn bei den letzten Kantonsratswahlen hat die Hälfte der Stimmenden die sozialdemokratische Liste eingelegt. Die heiligen Pforten des *Gemeinderates* haben für die Sozialdemokraten noch nicht aufgetan die Gemeinden *Bäretswil*, *Bauma*, *Bülach*, *Elgg*, *Elsau*, *Freienstein*, *Hedingen*, *Hinwil*, *Küsnacht*, *Meilen* (Verlust), *Wila* und *Zollikon*.

Stark überwiegend industrielle Gemeinden. (70 bis 80 von 100 Erwerbenden sind tätig in Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr.) Wangen, Erlenbach, Stäfa, Rüschlikon, Dietlikon, Albisrieden, Affoltern a. A., Zell, Uster, Langnau, Höngg, Feuerthalen, Schwamendingen, Affoltern b. Zch., Wallisellen, Wädenswil, Dürnten, Richterswil, Wald.

	Großer Gemeinderat		Gemeinderat		Rechnungsprüfungskomm.		Schulpflege		Armenpflege		Gesundheitskommission		Steuerkommission		Total	
	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925
Bürgerliche	18	19	116	115	77	80	197	222	89	106	76	81	105	128	678	751
Sozialdemokraten	13	12	28	22	21	16	50	36	23	11	21	19	37	37	193	153
Kommunisten	—	—	1	—	—	—	1	2	—	1	—	—	1	—	4	3
Total Mitglieder	31	31	145	137	98	96	248	260	112	118	98	100	143	165	875	907

Wir kommen in die lichtern Erdteile! Die Bedingungen für die Vormarschbewegung der Arbeiterschaft werden zusehends besser, der Boden ist nicht mehr so steinig. Nahezu ein Viertel (22 Prozent) aller Behördemitglieder sind Sozialdemokraten, 40 Sozialdemokraten mehr als in der letzten Amtsperiode. In diesen stark überwiegend industriellen Gemeinden spürt man auch, daß es verhältnismäßig leichter ist, Sozialdemokraten in die oberste Behörde, den Gemeinderat, abzuordnen. In dieser Kategorie von Gemeinden stoßen wir auch zum erstenmal auf die *Kommunisten*. Sie sind zwar nur in *Feuerthalen* vertreten, und zwar mit je einem Mandat im Gemeinderat (Gewinn), in der Schulpflege (1 Verlust) und der Steuerkommission (Gewinn). Aber gerade auch in dieser Gemeinde hat unsere Partei ihren Einfluß vermehren können: im Gemeinderat, in der Rechnungsprüfungskommission, in der Armenpflege und der Gesundheitspflege um je eine Stimme. In allen den genannten Gemeinden hat die Sozialdemokratische Partei Vertrauensleute in den Behörden, in *Wald* allerdings nur in der Steuerkommission, und auch da haben ihr die Bürgerlichen noch einen Sitz entrissen, so daß den Sozialdemokraten von 12 Mitgliedern nur eines geblieben ist. Verschlossen bleibt das Sitzungszimmer des *Gemeinderates* unserer Partei noch in *Zell* und *Wangen*. Dagegen ist es gelungen, einzudringen in *Affoltern a. A.*, *Affoltern b. Zch.*, *Richterswil* und *Stäfa*. Eine sozialdemokratische Mehrheit, die auch dieses Jahr wacker behauptet wurde, hat die Gemeinde *Albisrieden*. Nahe an die Mehrheit hat sich die rührige Sektion *Schwamendingen* herangearbeitet.

Die Einführung der Proporzwahl würde der Sozialdemokratie in dieser Kategorie von Gemeinden voraussichtlich bemerkenswerte Gewinne bringen und ihre Position wesentlich stärken.

Reine Industriegemeinden. (80 bis 92 von 100 Erwerbenden sind tätig in Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr.) Horgen, Dietikon, Schlieren, Altstetten, Wetzikon, Rüti, Adliswil, Seebach, Thalwil, Oerlikon.

	Großer Gemeinderat		Gemeinderat		Rechnungsprüfungskomm.		Schulpflege		Armenpflege		Gesundheitskommission		Steuerkommission		Total	
	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925
Bürgerliche	34	36	50	51	38	37	98	106	54	59	36	38	69	92	379	419
Sozialdemokraten	20	17	26	21	16	15	43	43	22	10	15	14	35	46	177	166
Kommunisten	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2
Total Mitglieder	55	55	76	72	54	52	141	149	76	69	51	52	104	138	557	587

Es sind erfreuliche Fortschritte auch in diesem Ausschnitt von Gemeinden zu verzeichnen: 32 Prozent im Jahre 1928 gegen 28 Prozent im Jahre 1925 aller Mandate sind von Sozialdemokraten besetzt. Aber wer will es bestreiten, daß der Ausfall besser hätte sein können, wenn man alle Umstände berücksichtigt. Es ist in den reinen Industriegemeinden, wo der Vormarsch der Partei in ein verlangsamtes Stadium gekommen ist. Man mußte das schon bei den Nationalratswahlen des Jahres 1925 konstatieren. Den betreffenden Parteisektionen und der kantonalen Parteileitung erwachsen daraus besondere Aufgaben. In *Rüti* hat die Partei nicht einmal einen Vertreter in der Rechnungsprüfungskommission! Nur in *Seebach* haben wir eine sozialistische Mehrheit, während das doch in den übrigen Gemeinden auch der Fall sein müßte. Nahe an der Mehrheit stehen wir in *Altstetten*, *Dietikon*, *Oerlikon* und *Schlieren*, während das Verhältnis zu den Bürgerlichen in *Thalwil* und *Horgen* noch wie 1 : 3 ist; für *Thalwil* ganz unbefriedigend. Die Kommunisten sind in den reinen Industriegemeinden nur noch in *Oerlikon* vertreten, nämlich mit einem Mandat im Großen Gemeinderat.

Städte: Winterthur und Zürich.

Zürich	Großer Gemeinderat		Stadtrat		Schulpflege		Total	
	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925
Bürgerliche Mitglieder . . .	61	60	4	5	96	98	161	163
Sozialdem. „ . . .	59	56	5	4	79	75	143	135
Kommunistische „ . . .	5	9	—	—	5	7	10	16
Total der Mitglieder	125	125	9	9	180	180	314	314

Winterthur	Großer Gemeinderat		Stadtrat		Schulpflege		Armenpflege		Total	
	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925	1928	1925
Bürgerliche Mitglieder .	32	31	4	4	42	40	7	7	85	82
Sozialdem. „ . .	27	27	3	3	37	39	6	6	73	75
Kommun. „ . .	1	2	—	—	—	—	—	—	1	2
Total der Mitglieder . . .	60	60	7	7	79	79	13	13	159	159

Für *Zürich* mußte die Zusammensetzung der Armenpflege hier wegfallen, weil sie für die Amtsdauer 1925/28 vom Großen

Stadtrat gewählt wurde und die neue Armenpflege, die mit 1. Januar 1929 ihres Amtes walten wird, noch nicht bestellt ist.

Der Mandatgewinn der Sozialdemokraten in *Zürich* ist offensichtlich, ebenso der Verlust der Kommunisten. Die Bürgerlichen haben nur bei den Wahlen in den Stadtrat verloren, dort aber entscheidend, denn sie haben die Mehrheit eingebüßt.

In *Winterthur* ist das Bürgertum gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen. Die Sozialdemokraten haben eine kleine Einbuße in der Schulpflege erlitten, sonst aber ihren Besitzstand gewahrt. Bemerkenswert ist, daß in der Fabrikstadt Winterthur die Kommunisten nur noch ein einziges Behördemitglied aufzuweisen haben, nämlich im Großen Gemeinderat.

Schlußbetrachtung.

Das vom Zürcher Volk am 23. Oktober 1927 angenommene *Gesetz über die Armenfürsorge* sieht im § 3 auch die *Wählbarkeit von Schweizerbürgerinnen* vor, allerdings ohne Amtszwang. Welcher Gebrauch ist davon gemacht worden? Nach den eingelieferten Fragebogen sind nur in den Gemeinden *Winterthur 4, Kilchberg 1, Zollikon 1, Rüti 3, zusammen 9 Frauen, gewählt worden.* Darunter sind nur *2 sozialdemokratische Frauen,* die in *Winterthur* gewählt wurden. Von 423 Armenpflegern nur 9 Frauen! Das ist sehr mager und beschämend. Dabei hat es immer geheißen, die Frauen würden sich ganz besonders für die Armenfürsorge eignen. Warum wählt man sie denn nicht in die Behörden? Die Bürgerlichen können sich zur Not damit ausreden, daß sie überhaupt gegen die Wählbarkeit der Frauen sind. Aber die Sozialdemokraten? In drei Jahren dürfen wir nicht mehr so kläglich dastehen. Wir haben jetzt Zeit, uns nach geeigneten Kräften umzusehen, sie auszubilden und alles zu tun, um sie im Jahre 1931 in die Armenpflege wählen zu lassen.

Die Kommunisten sind zur Bedeutungslosigkeit zusammengesunken. Nur in der *Stadt Zürich* sind sie noch einigermaßen in den Behörden vertreten, ferner im wirtschaftlich und arbeiterparteipolitisch nach Schaffhausen orientierten *Feuerthalen;* schließlich noch je mit einem Splitter in *Winterthur* und *Oerlikon.* Was sagen die Zellenbauer dazu? Warum sind ihnen die Gemeinwesen, diese sehr wichtigen Zellen im politischen Bau unseres Staatswesens, so ganz und gar nicht zugänglich? Es kommt darin wiederholt zum Ausdruck das Gericht des arbeitenden Volkes über die total verkehrte Politik der Kommunisten in der Schweiz.

Aus den mit Zahlen belegten Ausführungen ist ersichtlich, daß die Sozialdemokratische Partei aus den Erneuerungswahlen der Gemeindebehörden *wesentlich gestärkt* hervorgegangen ist, besonders in der Stadt Zürich und in den stark überwiegend

industriellen Gemeinden, weniger in den reinen Industriegemeinden. Erwiesen ist auch, daß die Sozialdemokratische Partei eine noch weit größere Vertretung besitzen würde, wenn auch die Gemeindebehörden überall und durchwegs nach *Proporz* bestellt würden. Bis jetzt werden nur die Großen Gemeinderäte (in Zürich der Große Stadtrat) nach gesetzlichem Proporz gewählt. Die Proporzwahl der übrigen *Gemeindebehörden* muß und wird folgen, insbesondere die Verhältniswahl der *Gemeinderäte*. Nach den üblen Erfahrungen, welche die Bürgerlichen mit der Majorzwahl des Stadtrates in Zürich gemacht haben, dürften sie der Verhältniswahl auch von Verwaltungsbehörden kein non possomus mehr entgegenstellen. Anderseits sind die Verhältnisse noch nicht überall reif für die Proporzwahl. Selbst für unsere Partei wäre die Verhältniswahl nicht überall und unter allen Umständen ein Segen. Man wird sich daher vorerst damit begnügen müssen, es den Gemeinden anheimzustellen, für welche ihrer Behörden die Verhältniswahl Anwendung finden soll. Das wäre dann der *fakultative* Proporz, wie ihn der vom kantonalen Parteitag vom 17. Januar 1926 genehmigte Entwurf vorsieht.

Schließlich aber wird die sozialdemokratische Arbeiterschaft auch ohne Proporzwahlrecht ihren politischen Einfluß in den Gemeinden noch wesentlich erweitern können, denn auch unter dem Majorzsystem sind noch nicht alle Möglichkeiten voll ausgeschöpft worden. Vor allem ist der Auswahl und Schulung der Behördemitglieder bedeutend mehr Aufmerksamkeit zu schenken als bisher. Wahlzahlen allein tun es nicht; Köpfe sind ebenso wichtig.

Wenn die in den Behörden von Sozialdemokraten geführte Politik nicht derart ist, daß sie die Arbeiter befriedigt, nicht geleitet ist von sozialistischen Grundsätzen und Auffassungen, lendenlahm ist oder gar im Kielwasser der Bürgerlichen segelt, dann können auch noch so schöne Wahlaufrufe Niederlagen oder Stagnation nicht vermeiden. Einem aufmerksamen Beobachter wird nicht entgangen sein, daß da und dort bereits mehr hätte erzielt werden können, wenn die betreffenden Sektionen inner- und außerhalb des Gemeindehauses eine angriffslustigere, zielbewußtere und methodischer geleitete Politik geführt hätten. Dabei soll nicht geleugnet werden, daß das nicht immer so leicht und einfach ist; aber Schwierigkeiten sind dafür da, daß sie überwunden werden. Wir wollen die politische Macht im Staate erobern. Recht so: Ueben wir uns in diesem Ringen gerade auf Gemeindegebiet; es gibt keine nützlichere Lehrzeit und bessere Schulung dafür.